

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Autorenverzeichnis	XV

Herwig Höllinger

Einführung ins Thema	XIX
-----------------------------------	-----

I. GRUNDFRAGEN UND RAHMENBEDINGUNGEN DER INTERESSENVERTRETUNG DURCH KAMMERN

Winfried Kluth

Marktparadigma und öffentlich-rechtliche Interessenvertretung
Gegensatz oder sinnvolle Ergänzung?

I.	Einführung	1
II.	Teilautonome Verwaltungsträger oder grundrechtliche Selbstorganisation	2
	A. Das Körperschaftsmodell als gemeinsame Grundlage	2
	B. Kammern als Träger funktionaler Selbstverwaltung ...	3
	C. Verbände als Ausdruck und Ergebnis gesellschaftlicher, wettbewerblicher Selbstorganisation	7
	D. Unterschiede in Bezug auf den Legitimationsbedarf und die Legitimationsform von Kammern und Verbänden	8
III.	Rechtsrahmen in Fällen einer Aufgabenkonkurrenz von Kammern und Verbänden	16
	A. Kein abgeschlossener Katalog staatlicher oder privater Aufgaben	16
	B. Gleichwertigkeit und Verschiedenartigkeit der Legitimationsformen	19
	C. Extensivere und intensivere Rechtsbindung der Kammertätigkeit	21
IV.	Einzelne Auswirkungen der unterschiedlichen Rechtsbindungen von Kammern und Verbänden	22

	A. Unterschiedliche Vorgaben für die Interessenvertretung	22
	B. Rechtsrahmen für wirtschaftliche Konkurrenzlagen ...	25
V.	Grundlagen und Grenzen der Kooperation	26
	A. Beispiele institutioneller Kooperation	26
	B. Die Kooperation von Verbänden und Kammern der Apotheker	27
	C. Rechtliche Grenzen der institutionellen Kooperation	30
VI.	Ausblick	31

Harald Stolzechner/Christian Aufreiter

**Rahmenbedingungen öffentlich-rechtlich und privatrechtlich
organisierter Interessenvertretung**

Zugleich einige Überlegungen zum Anwendungsbereich des LobbyG

I.	Öffentliche Interessen als Motor gesellschaftlicher Entwicklung	33
II.	Interessenvertretungen im demokratischen Rechtsstaat	34
	A. Allgemeine Überlegungen	34
	B. Vertretung wirtschaftlicher Interessen durch gesetzliche Interessenvertretungen und durch freie Verbände	35
	1. Interessenvertretung durch gesetzliche Interessenvertretungen (Kammern)	36
	2. Interessenvertretung durch privatrechtliche (freiwillige) Verbände	41
	C. Bisheriger Rechtsrahmen für die Vertretung wirtschaftlicher Interessen	44
III.	Das LobbyG	45
	A. Sachlicher Anwendungsbereich; Unterscheidung zwischen Lobbying-Tätigkeit und Interessenvertretung	45
	B. Gänzliche/teilweise Herausnahme bestimmter Einrichtungen aus dem Anwendungsbereich des LobbyG	48
	1. Sozialpartner, kollektivvertragsfähige Einrichtungen	48

a.	Zur Problematik der »Interessenvertretung«	49
b.	Die Ausnahme von der Ausnahme: Anwendung der Registrierungspflicht	52
2.	Exkurs: Ist die Einbeziehung der Kammern in die Registrierungspflichten des LobbyG gleichheitswidrig?	54
3.	Sonstige Selbstverwaltungskörper, Interessenverbände	55
4.	Politische Parteien, gesetzlich anerkannte Kirchen und Religionsgesellschaften etc (§ 1 Abs 3 LobbyG)	57
C.	Nichtanwendung des LobbyG auf bestimmte Tätigkeiten (§ 2 LobbyG)	60
1.	Überblick	60
2.	Zur Ausnahme der Tätigkeiten von Freiberuflern, dargestellt am Beispiel der Rechtsanwälte	61
IV.	Schlussbemerkung	64

Ulrich E. Zellenberg

Mitgliederrepräsentation und Wahlrecht

Grundsatzfragen der demokratischen Legitimation von
Kammerorganen

I.	Vorbemerkung	65
II.	Demokratische Legitimation	66
A.	Grundsätzliches	66
B.	Der österreichische Meinungsstand	69
C.	Der deutsche Meinungsstand	75
D.	Die Rechtslage in Österreich	79
III.	Spezialfragen	80
A.	Ausländerwahlrecht	80
B.	Friedenswahlen	83
IV.	Vorgaben für die Ausgestaltung des Wahlrechts	84
A.	Verbandszweck	84
B.	Staatspraxis und Verfassungsrecht	87
C.	Gruppenwahlen und indirekte Wahlen	91
V.	Schlussbemerkung	99

II. BINDUNGEN

Harald Eberhard

Freiheit und Gebundenheit von Kammern

I.	Einleitung	103
II.	Die Gesetzesgebundenheit und das autonome Satzungsrecht der Kammern	104
	A. »Auf Grund« und »im Rahmen« der Gesetze	104
	B. Die Auswirkungen der Einräumung eines autonomen Satzungsrechts durch Art 120 b Abs 1 B-VG	105
III.	Die staatliche Aufsicht über das Kammerhandeln	108
	A. Die staatliche Aufsicht als Systemmerkmal der Selbstverwaltung	108
	B. Die Reichweite der Aufsicht	110
	C. Die verfassungsrechtliche Bindung der Aufsichtsbehörde	117
	D. Die Rechnungshofkontrolle über die Selbstverwaltung	121
IV.	Die Einbindung des Kammerhandelns in das Rechtsschutzsystem durch Instanzenzüge	126
	A. Von der Gegenwart	126
	B. ... in die Zukunft: Die Abschaffung der administrativen Instanzenzüge durch die Einführung der erstinstanzlichen Verwaltungsgerichtsbarkeit	131
V.	Ausblick	134

Sven Eisenmenger

Kammern und Transparenz

Zugleich ein Beitrag zu den internationalen, unionalen und nationalen Konturen des Transparenzrechts

I.	Internationale, unionale und nationale Grundlagen des Transparenzrechts	136
	A. Transparenzrecht als Rechtsgebiet	136
	1. Deutschland	136
	2. Österreich	137

B.	Stand des Transparenzrechts auf internationaler, unionaler und nationaler Ebene	137
1.	Aarhus-Übereinkommen	137
2.	Unionsrecht	138
3.	Nationales Transparenzrecht	139
a.	Deutschland	139
b.	Österreich	142
II.	Kammern im Transparenzrecht	143
A.	Deutschland	143
1.	Kammerinformationsansprüche	143
2.	Informationsfreiheits- und Transparenzgesetze	144
3.	Rechtstatsächliche Wirklichkeit	144
B.	Österreich	145
III.	Verwaltungswissenschaftliche Kritik und Gestaltungsempfehlungen	146
A.	Transparenzregister mit weitreichenden Veröffentlichungspflichten verhindern Entscheidungen in angemessener Frist als Unions- und Verfassungspostulat	146
B.	Das Transparenzrecht ist zu unspezifisch!	148
1.	Deutschland	148
a.	Verfassungsrecht	148
b.	Typologie	149
2.	Österreich	150
C.	An sich Selbstverständliches muss wieder selbstverständlich gemacht werden.	150

Thomas Jaeger

Anforderungen des europäischen Beihilferechts an das wirtschaftliche Kammerhandeln

I.	Ausgangspunkte	153
A.	Aufgaben der Kammern	154
1.	Verfassungsrechtlicher Rahmen	155
2.	Wirtschaftskammern	156
3.	Arbeiterkammern	157
4.	Rechtsanwaltskammern	157
5.	Apothekerkammer	158
6.	Gemeinsame Merkmale	159

	B. Beihilferelevanz im Grundsatz	160
II.	Beihilfebeurteilung	162
	A. Vorfrage Finanzierung	163
	1. Finanzierungsmechanismen	163
	2. Öffentliche Kontrolle	165
	3. Zurechnung des Umlagenaufkommens	168
	B. Kammerstätigkeiten als Beihilfen für Mitglieder oder Dritte	169
	1. Leistungsäquivalenz	170
	2. Selbstorganisation des Kammerhandelns	174
	3. Beispiel Weiterbildungsangebot	178
	C. Kammern selbst als Beihilfeempfänger	179
	1. Unternehmensbegriff	180
	2. Wirtschaftlicher Vorteil	181
	3. Neuerlich: Beispiel Weiterbildungsangebot	184
	D. Kammern und Daseinsvorsorgeerbringung	188
	1. Vor- und Nachteile der Qualifikation als Daseinsvorsorgeunternehmen	189
	2. Daseinsvorsorgebegriff und Anwendung auf die Kammern am Beispiel Weiterbildungsangebot	190
	E. Kammern und Transparenzpflichten	192
	1. Anwendungsbereich der Transparenzrichtlinie und Umsetzung in Österreich	192
	2. Kammern im Anwendungsbereich der Transparenzrichtlinie	195
	3. Konsequenzen einer Verletzung der Transparenzrichtlinie für eine Kammer	197
III.	Fazit	199

III. KAMMERMODELLE IM VERGLEICH

Péter Krisztián Zachar/Péter Strausz

Die Situation der Wirtschaftskammern in Ungarn vor und nach der Beseitigung der Pflichtmitgliedschaft

I.	Die Situation der Kammern nach der Wende	206
II.	Die Zeit der Pflichtmitgliedschaft in den Wirtschaftskammern (1994–1999)	207

III.	Das Jahrzehnt ohne Pflichtmitgliedschaft (1999-2010)	211
IV.	»Zurück in die Zukunft«: Pflichtregistration und Pflichtmitgliedschaft nach 2010	219
V.	Schlussgedanken	227

Detlef Sack

**Industrie- und Handelskammern im europäischen und
deutschen Vergleich**

Strukturdaten und Rollensuche einer »doppelsinnigen« Institution

I.	Einleitung	231
II.	Europäische Chambers of Commerce	234
III.	Die deutschen IHKn	240
IV.	Fazit	247